

Initiative Trinkwasser und Westkalk an einem Tisch

Bürgermeister Dr. Thomas Schöne will Gesprächsfaden nicht abreißen lassen

WARSTEIN ■ Steinabbau in der Tiefe, Rekultivierung, Klage gegen die Wasserbewilligung – diese wesentlichen Themen in dem Konfliktfeld Trinkwasserschutz/Steinabbau waren hauptsächlich Gegenstand eines Gesprächs, zu dem Bürgermeister Schöne die Firma Westkalk und die Initiative Trinkwasser ins Rathaus eingeladen hatte. Es gehe ihm darum, angesichts „verhärteter Fronten“ den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen; vielleicht könne auf diese Weise die Situation entspannt werden, und möglicherweise wären ja auch Erfolge absehbar.

Das Treffen verlief, so äußerten sich die Beteiligten in einer gemeinsamen Presseerklärung, anfangs kontrovers, dann aber zunehmend konstruktiv. Anwesend waren von der Stadt neben dem Bürgermeister die Leiterin des Fachbereichs Technische Dienste, Sabine Leitner, von der Firma Westkalk die Geschäftsführer Raymund Risse und Franz Bernd Köster sowie

von der Initiative die Vorsitzenden Alfons Knop und Werner Braukmann.

Zunächst ging es um die programmatische Formulierung der Initiative: „Steinabbau oder Trinkwasserschutz – auf Dauer kann es kein Nebeneinander geben!“. Das bestreiten die Unternehmer und sehen es als problematisch an, mit einer Initiative zu sprechen, die den Steinabbau beenden wolle.

Deren Vertreter erklärten dagegen, dass sie in der Tat den ihrer Ansicht nach vorherrschenden Wunsch der herrschigen Bürgerschaft nach einem Ende des Steinabbaus zum Ausdruck bringen wollen, gleichwohl zu Gesprächen bereit seien, wenn sie eine Chance bieten, die Belastungen und Gefährdungen zu verringern. Nach Auffassung der Unternehmensvertreter herrscht in der Bevölkerung allerdings eher der Wunsch nach der Lösung des Konfliktes durch Koexistenz.

Einigkeit bestand in der Ein-

schätzung der Problematik, dass durch den zunehmenden Gülle-Austrag auf den landwirtschaftlichen Flächen im Bereich der Hillenberg- und Lörmecke-Quelle die Nitrat-Belastung des Wassers beträchtlich zunimmt.

Kontrovers wurde dagegen das Münsteraner OVG-Urteil von November interpretiert. Während für die Initiative der Richterspruch alle ihre vorgebrachten Kritikpunkte bestätige und es damit auf ein Ende des Steinabbaus in Warstein und Kallenhardt hinauslaufe, sieht das Unternehmen lediglich eine Verlagerung der rechtlichen Genehmigungsverfahren in den Bereich des Wasserrechts. Der Abbau in der Tiefe werde keineswegs ausgeschlossen.

Auch das Thema Wiederherrichtung der Abbauflächen wird unterschiedlich gesehen. Auf die Vorhaltungen, das Steinbruchareal werde in viel zu geringem Umfang wieder in Grünland (bzw. für andere Folgenutzungen) um-

gewandelt, reagierten die Westkalk-Vertreter u. a. mit der Aussage, ein großer Teil der Fläche sei inzwischen rekultiviert, insbesondere die Außenhalden und Teile der Grundsohle.

Überhaupt sei der Umfang der Aktivitäten in den Steinbrüchen durch den Zusammenschluss der Firmen Köster, Risse und Weiken innerhalb der Firma Westkalk erheblich zurückgegangen. Die Belastungen seien im Verhältnis etwa zu den 90er Jahren um mehr als die Hälfte reduziert worden, vor allem auch durch die Bahnverladung. „Vielleicht sollte man das auch mal anerkennen“, schlug Bürgermeister Schöne vor, appellierte aber zugleich an die Unternehmen, in Bezug auf die anfangs formulierten Forderungen in Warstein Zeichen zu setzen.

Nach Besprechung weiterer Themen wurde verabredet, sich in absehbarer Zeit erneut zu treffen, um „im Gespräch zu bleiben“.